



Nummer 8 | Mai 2015



Liebe Leserinnen und Leser,

Unsere Landwirte haben es zur Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung nicht leicht:

Pauschalverurteilungen z.B. hinsichtlich der Nitratbelastung im Grundwasser, Unwissenheit beim Verbraucher und der Preisdruck durch die großen Handelskonzerne, unsere Bauern und ihre Familien müssen einiges aushalten.

Umso wichtiger ist, dass wir uns informieren und im Gespräch bleiben. So wie am vergangenen Donnerstag in Berlin. Eine Gruppe um den Landvolkvorsitzenden Dr. Karsten Padeken aus der Weser-

marsch diskutierte mit Staatssekretärin Dr. Flachsbarth und mir zum Thema Grünland und Düngerverordnung. Unsere Zielsetzung: Weidehaltung muss in unserer Region Zukunft haben. Was wir sonst noch in Angriff nehmen müssen erfahren Sie mit der neuen NAG.

*Ihre
Astrid Grotelueschen*

Finanzielle Förderung der Kommunen

Anlässlich des ersten gesamtdeutschen Tags der Städtebauförderung am 9. Mai haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen Antrag zur Städtebauförderung in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Auch zahlreiche Kommunen in unserem Wahlkreis haben in den vergangenen Jahren in hohem Maße von unterschiedlichen Bundesprogrammen profitiert. So sind beispielsweise in den zurückliegenden zwei Jahren in den Ortskern Berne 300.000 Euro geflossen.

Neu aufgenommen für 2015 wurden jetzt städtebauliche Maßnahmen, zum Beispiel 1,4 Millionen Euro für den Wollepark in Delmenhorst und zusätzlich 960.000 Euro aus dem Programm „Stadtumbau West“ für die östliche Vorstadt.

Im Landkreis Wesermarsch freut man sich über Fördermittel von je

200.000 Euro, die zur Sanierung in die Eschhofsiedlung in Lemwerder und die Elsfl ether Innenstadt fließen werden.

Auch die derzeitige finanzielle Ausstattung der Städtebauförderung kann sich mit mehr als 700 Millionen Euro pro Jahr sehen lassen. Vor dem Hintergrund der hohen Anstoßwirkungen auf weitere öffentliche und vor allem auch private Folgeinvestitionen und damit Arbeitsplätze ist dies umso bedeutender.

Schätzungen zufolge wird mit Bundesmitteln in Höhe von 700 Millionen Euro ein Investitionsvolumen von bis zu 10 Milliarden Euro vor Ort angestoßen. Aus meiner Sicht setzt der Bund mit diesen Mitteln ein starkes Signal und trägt in hohem Maße zu einer positiven Stadtentwicklung und regionalen Wirtschaftsentwicklung bei.

Die Deutsche Sprache

Deutsch ist mit 100 Millionen Muttersprachlern die meistgesprochene Sprache in Europa und darüber hinaus für viele Menschen attraktiv: Eine Erhebung des Auswärtigen Amtes ergab, dass momentan weltweit 15,4 Millionen Menschen die deutsche Sprache in Schulen, Hochschulen und im Rahmen der Erwachsenenbildung erlernen. Die meisten Deutschlernenden gibt es mit 9,4 Millionen in Europa, davon alleine 2,28 Millionen in Polen. Die größten prozentualen Zuwächse sind in Südamerika, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Asien generell zu verzeichnen: In China etwa hat sich die Zahl in den vergangenen fünf Jahren auf 117.500 verdoppelt. Etwa 315 Millionen Euro jährlich werden zur Förderung der deutschen Sprache im Ausland eingesetzt, zumeist an Auslandsschulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung.

(Quelle: Auswärtiges Amt)

Asyl- und Flüchtlingspolitik

Im Vorfeld der Flüchtlingskonferenz am 08.05.15 in Berlin formulierten wir in der AG Kommunales, deren Mitglied ich bin, unsere Forderungen und Verbesserungsvorschläge hinsichtlich der aktuellen Herausforderungen bei der Flüchtlingsunterbringung und der Integration von Flüchtlingen vor Ort. Aus zahlreichen Gesprächen und Besuchen vor Ort weiß ich, dass immer mehr Kommunen in unserem Wahlkreis an ihre Belastungsgrenzen stoßen. In unserem Antrag haben wir folgende Eckpunkte ins Zentrum gestellt:

Das Verfahren zur Prüfung des Asylanspruchs muss zentral in der Erstaufnahmeeinrichtung erfolgen und sollte nach spätestens drei Monaten abgeschlossen sein. Hierzu braucht das Bundesamt mehr Personal. Derzeit leiten die Länder Asylbewerber so schnell wie möglich aus der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung, die vom Land finanziert wird, an die Kommunen weiter. So wird die Unterbringungslast der Kommunen verschärft. Hier muss gegengesteuert werden. Ein weiteres Ärgernis: Viele Länder, insbesondere Niedersach-

sen, sind sehr zurückhaltend bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Das verstärkt nochmals den Kostendruck auf die Kommunen und schafft zusätzlich Anreize, nach Deutschland zu kommen. Geklärt werden muss das Grundproblem, dass über 50 Prozent der Asylbewerber mit politischer Verfolgung nichts zu tun haben. Wir schlagen eine Aufnahme weiterer Balkanstaaten, unter anderen Albanien und den Kosovo, als sichere Herkunftsländer vor.

Hierfür benötigen wir die Zustimmung der Bundesländer im Bundesrat. Wichtig bleibt auch die gerechtere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Europas, denn zur Zeit werden dreiviertel aller Flüchtlinge in fünf EU-Mitgliedsstaaten aufgenommen. Aus meiner Sicht ist ein „Sofortprogramm“ dringend nötig, das den bleibeberechtigten Menschen, neben dem Erlernen der Sprache, die *sofortige* Aufnahme einer Arbeit ermöglicht. Nur so wird das Fundament für gelungene Integration gelegt.

Mehr Kaufkraft und Freizeit

Deutschlands Wirtschaftskraft ist der Schlüssel zu Wohlstand. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist zwischen 1991 und 2013 von 1.580 auf 2.809 Milliarden Euro angewachsen. Besonders erwähnenswert ist, dass sich die Menschen heute mehr von ihrer Arbeit leisten können. Die Arbeitszeit etwa, die durchschnittlich für den Kauf einer neuen Waschmaschine zu leisten ist, halbierte sich von rund 53 auf 26 Stunden. Neben den finanziellen Aspekten ist auch die Lebenserwartung in den vergangenen 30 Jahren gestiegen: Bei den Frauen um fünf und bei den Männern um gut sechs Jahre. Und die Menschen in Deutschland haben mehr Freizeit. Sechs Wochen Urlaub sind inzwischen tariflicher Standard, gegenüber zwei Wochen Jahresurlaub Ende der 1950er-Jahre.

(Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

Bürger machen sich für Demokratie stark

Die Stadt Delmenhorst hat ihr Projekt „Demokratie leben!“ gestartet. In der Auftaktveranstaltung in der Delmenhorster Markthalle habe ich in meiner Rede betont, wie wichtig es ist, dass man so abstrakte Begriffe wie Weltoffenheit und Zusammenarbeit immer wieder neu mit Leben füllt.

Die Stadt kann dabei für die Umsetzung dieses Programms gegen Rechtstextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit auf Fördermittel des Bundes zurückgreifen: Bis zu 55.000 Euro jährlich stehen ihr dafür auf Dauer von fünf Jahren zu.

Darüber freue ich mich nicht zuletzt auch als Bundestagsabgeordnete sehr.

In der ersten Zusammenkunft wurden nun

schon drei Arbeitsgruppen gebildet, je eine zu den Themen „interreligiöser Dialog“, „Netzwerkarbeit“ und „Kinder und Jugendliche“.

Nun gilt es, Ideen und Aktionen zu entwickeln, die das menschen-



freundliche Zusammenleben in Delmenhorst für alle noch weiter voranbringen. Schließlich heißt das Projekt ja treffend: „Demokratie leben!“

Neuigkeiten der FU Oldenburg Land und FU Delmenhorst

Der Kreisverband der Frauen Union Oldenburg Land ist unter neuer Leitung: Als Wahlleiterin bei der Jahreshauptversammlung der FU konnte ich jetzt Anne-Marie Glowienka aus Dötlingen zu ihrem neuen Amt der ersten Vorsitzenden beglückwünschen. Sie ist Nachfolgerin von Christa Siefken, die acht Jahre lang an der Spitze war. Herzlichen Dank für dieses Engagement und das gute Miteinander.

Mit dem neuen Vorstand setze ich auf ebenfalls gute Zusammenarbeit. Der Vorsitzenden Anne-Marie Glowienka (Bild unten, Mitte) stehen die Stellvertreterinnen Cindy Klüner und Heiderose Runge zur Seite.



Die FU Delmenhorst (Bild oben) und die FU Oldenburg Land legen wieder los.



Neu an den Start geht die Frauen Union Delmenhorst. Darüber freue ich mich sehr. Zu einem Gespräch zur Planung vorab habe ich mich vor kurzem mit Frauke Wöhler, Andrea Weider-Maier und Christina Naujoks in Delmenhorst getroffen (Bild oben). Gerne unterstütze ich sie bei ihrem Neustart der FU, der mit einer Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 27. Mai, beginnt.

Mit der FU Wesermarsch und der im März wiedergewählten Vorsitzenden Elke Belsemeyer und ihrem Team sind wir insgesamt gut in unserem Wahlkreis aufgestellt. Nicht nur die Frauen dürfen gespannt sein.

Weitere schöne Fotos gesucht



Die Suche nach schönen Aufnahmen aus dem Wahlkreis geht weiter. Denn 2 x 2 Meter soll sie schließlich groß werden, die Collage, die ich aus vielen Einzelfotos mit Motiven aus Delmenhorst, dem Landkreis Oldenburg und der Wesermarsch zusammensetzen lassen möchte. Das Bild wird meine bislang gänzlich freie Wand im Büro in Berlin

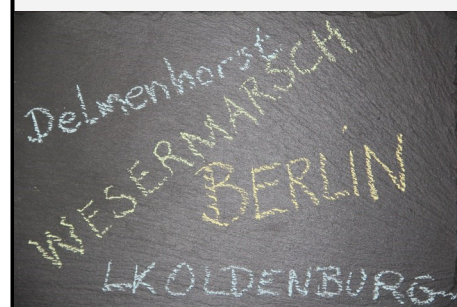
schmücken, wie schon in meiner „Nachrichten AG“, Ausgabe 6, angekündigt.

Deswegen möchte ich Sie, liebe Leserinnen und Leser, nochmals aufrufen, mir möglichst viele Einzelbilder (50 wären schön) zu schicken. Es können Menschen, Landschaften oder auch Gebäude abgebildet sein — wie zum Beispiel das herrliche Bauernhaus (siehe Bild), das ich für die Collage bereits von Herrn Roskamp erhalten habe. Neun Preise gibt es zu gewinnen!

Bitte schicken Sie mir die Fotos per Mail oder als Papier-Abzug an mein Berliner oder Berner Büro (Adresse siehe unten). Danke — und viel Spaß beim Fotografieren!

Unterwegs:

- 12.05.2015 „Oldenburger Runde“ mit Staatssekretär Stephan Manke zum Thema Flüchtlinge in Hannover
- 15.05.2015 Gespräch mit Axel Langnau, Wirtschaftsförderung Delmenhorst
- 18.05. bis 22.05.2015 Sitzungswoche in Berlin



Astrid Grotelüschén MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966